EU-LAT
Advocacy Network
Red de Incidencia

11. Dezember 2023

Das Netzwerk EU-LAT und die Plataforma Europa Perú[1] (PEP) sind besorgt über die Entscheidung des peruanischen Verfassungsgerichts vom, das dem ehemaligen Präsidenten Alberto Fujimori am 4. Dezember 2023 die Freiheit gewährt hat.

Wir appellieren an die europäischen Behörden, über die Hohe Vertreterin für Außenpolitik eine öffentliche Erklärung abzugeben, in der sie ihre Besorgnis zum Ausdruck bringt und die peruanischen Behörden auffordert, die internationalen Menschenrechtsverpflichtungen Perus zu respektieren, insbesondere das Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer und ihre Familien.

Fujimori war 2009 vom Obersten Gerichtshof Perus zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er an den Verbrechen des schweren Mordes und der schweren Körperverletzung in den Fällen Barrios Altos und La Cantuta beteiligt war, die nach dem Völkerstrafrecht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft werden.

Die aktuelle Entscheidung des Verfassungsgerichts verstößt gegen den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, der den peruanischen Staat aufgefordert hat, von der Vollstreckung der Anordnung abzusehen. Diese Aufforderung wurde vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) Volker Türk unterstützt, der auf die Rechenschaftspflicht und die notwendige Einhaltung des Völkerrechts drängte. Auch die Coordinadora Nacional de Derechos Humanos hat im Namen der peruanischen Zivilgesellschaft ihre Ablehnung der Entscheidung des Verfassungsgerichts erklärt. Obwohl der peruanische Staat die Zuständigkeit des Interamerikanischen Gerichtshofes anerkannt hat, wurde Alberto Fujimori am 6. Dezember freigelassen. Damit hat Peru seine Verpflichtungen verletzt.

Die Freilassung Fujimoris ist nur eines von vielen Anzeichen für den anhaltenden Demokratieabbau in Peru und untergräbt den langen Kampf gegen Straflosigkeit und für den Wiederaufbau der Rechtsstaatlichkeit nach der Diktatur Fujimoris.

Deshalb

- schließen wir uns dem dringenden Aufruf der nationalen und internationalen Gemeinschaft an, Demokratie und Menschenrechte in Peru zu verteidigen.
- appellieren wir an die europäischen Behörden, die peruanische Regierung öffentlich aufzufordern, die internationalen Menschenrechtsverpflichtungen Perus zu einzuhalten, insbesondere das Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer und ihre Familien.
- sollten die europäischen Institutionen nach den Protesten vom 7., 8. und 9. Dezember an das legitime Recht der Bevölkerung auf Protest erinnern und die Regierung und die Streitkräfte auffordern, die Grundrechte der Demonstrierenden zu achten.
- fordern wir die europäischen Behörden auf, die Situation aufmerksam zu verfolgen und den peruanischen Staat zur Rechenschaft zu ziehen, insbesondere im Rahmen des Menschenrechtsdialogs zwischen der EU und Peru, der in der ersten Jahreshälfte 2024 stattfinden wird, und im Einklang mit den Verpflichtungen, die im Rahmen des Handelsabkommens zwischen der EU und Peru eingegangen wurden.

[1] PEP ist ein Netzwerk von 15 europäischen Menschenrechtsorganisationen, die sich für den Schutz der Menschenrechte in Peru einsetzen: Peru Support Group (Vereinigtes Königreich), 11.11.11 (Belgien), Commission Justice et Paix (Belgien), Entraide et Fraternité (Belgien), CATAPA (Belgien), Broederlijk Delen (Belgien), FOS (Belgien), Informationsstelle Peru (Deutschland), Centro de Investigación y Documentación Chile-América Latina (Deutschland), Campaña Perú País Minero (Deutschland), Secours Catholique (Frankreich), Perú Kommitten for MR (Schweden), Entrepueblos (Spanien), Asociación pro Derechos Humanos de España (Spanien), ASTM (Luxemburg).